

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 32 (1991)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Wie lange setzt der Westen noch auf die Perestrojka?  
**Autor:** Sidorowa, Galina  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093302>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

erklärt. Nach allem zu urteilen, kommt es bald auch zur «Souveränisierung» von Regionen und Gebieten grosser Republiken. Mit erstaunlicher Konsequenz aber übersieht der Entwurf diese Realität und versetzt uns in die Zeit der einstigen Verfassungen zurück, da aus unbekanntem Gründen verschiedene Rechte verschiedenen Völkern aberkannt und einige Völker gänzlich «veressen» wurden (siehe Gagausen und zahlreiche andere).

Eine überaus wichtige Frage ist die Verteilung der legislativen Vollmachten zwischen der Föderation und den Subjekten der Föderation. Der Unionsvertrag könnte z. B. nur die legislativen Vollmachten der Union aufzählen und im übrigen feststellen, dass alle anderen legislativen Vollmachten dem Föderationssubjekt zukommen. Es könnten drei Listen vorgelegt werden: die legislativen Vollmachten der Union, die der Republiken und die in den gemeinsamen Kompetenzbereich fallenden Vollmachten. Unvernünftig ist nur eins: die Liste der «gemeinsamen Vollmachten» in den Mittelpunkt zu stellen, wie das in Art. 5 geschieht.

Absolut unklar ist dabei, was der Satz konkret bedeutet, dass die Republiken «an der Ausübung der Vollmachten der UdSSR durch gemeinsame Bildung von Organen der Union, durch Schaffung von anderen Mechanismen und Verfahren zur Abstimmung von Interessen und Handlungen teilnehmen». In seiner jetzigen Form wird Art. 5 nur endlose Streitereien und die Willkür des Verfassungsgerichts bewirken, das übrigens auf unbegreiflicher Basis gebildet wird (die geltenden Prinzipien zur Bildung des Ausschusses für Verfassungsaufsicht widersprechen selbst dem Geist dieses Entwurfs).

Galina Sidorowa, Moskau

## Wie lange setzt der Westen noch auf die Perestrojka?

**Noch setzt der Westen aus Angst vor den Alternativen auf geordnete sowjetische Reformen, aber das tut er nicht ewig. Das folgende Editorial erschien in der «Neuen Zeit», Moskau, Nr. 17/1991.**

Laut dem beliebten Ausdruck des Präsidenten legen wir uns fest. Die Periode der Scheinkonsolidierung ist ruhmlos zu Ende gegangen. Die sowjetische Gesellschaft trat in eine Zeit der Abgrenzung politischer Kräfte mit der darauffolgenden Schaffung einer Koalition und Möglichkeiten für ein Zusammenwirken.

Die de facto regierende Partei legt sich fest.

Am Vorabend des Plenums führten die Kommunisten Russlands, die Kämpfer für die Reinheit der Reihen der Partei, ihren zweiten Initiativkongress durch. Die Losung des Augenblicks: Nicht Privatisierung, sondern Sowjetisierung der Wirtschaft! Auch die linke, der Sozialdemokratie nahestehende Richtung in der KPdSU liess von sich hören.

Die Parlamentarier legen sich fest.

Die Deputierten von der Fraktion «Sojus» setzten auf die Ausprägung ihrer Gruppe zu einer politisch-gesellschaftlichen Massenbewegung. Ihre Vorschläge: einen ausserordentlichen Kongress der Volksdeputierten der UdSSR einzuberufen und die Rechenschaftslegung des Präsidenten zu fordern (mit daraus resultierenden organisatorischen Schlussfolgerungen); auf dem Territorium der UdSSR den Ausnahmezustand zu verhängen, vorerst für sechs Monate.

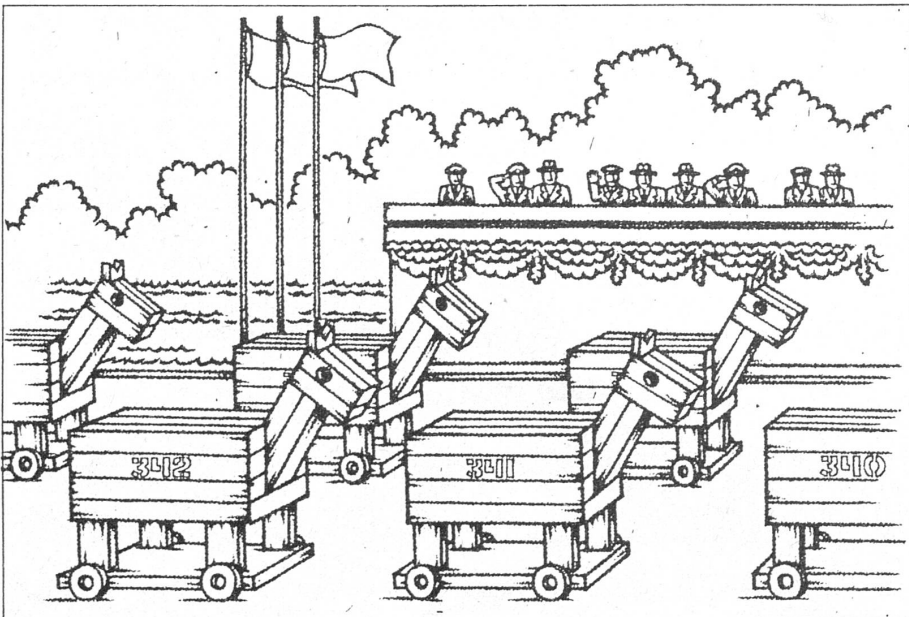
Die demokratischen Fraktionen der Parlamente fast aller Republiken, darunter auch derjenigen, die ihre Unabhängigkeit von der Union schon erklärten, und der demokratische Kongress haben unterdessen eine eigene Konferenz einberufen. Es wurde eine Vereinbarung über die Gründung eines interparlamentarischen konsultativen Organs souveräner Staaten erzielt. Die demokratischen Abgeordneten haben die Absicht, so schnell wie möglich einen «runden Tisch» herbeizuführen.

Im Vorfeld dieser stürmischen Ereignisse, auf dem Höhepunkt der Krise und der Unzufriedenheit in der Gesellschaft reisten alle unsere «agierenden» Leader, als hätten sie sich abgesprochen, ins Ausland. Sie riskierten eine ganze Woche lang, Koalitionsregierung im Exil zu sein.

Ich denke, der massenhafte Drang nach «Luftveränderung» ist nicht zufällig. Bevor man das entscheidende Gefecht um die Macht beginnt, dessen Folgen sich nicht voraussagen lassen, will jeder für sich eine zweite Auslandsfront gegen seine politischen Opponenten eröffnen, Punkte in den Augen der potentiellen Wähler sammeln. Dafür wollte man entweder mit dem erhofften Milliardenkredit, der noch ausstehenden politischen Anerkennung durch den Westen oder wenigstens mit einem Sack guter Worte für die Perestrojka nach Hause zurückkehren.

Sie kamen aber praktisch mit leeren Händen. Warum?

Sie haben sich wahrscheinlich zu lange festgelegt. Die alten Strukturen sind zerstört. Neue haben sich nicht gebildet. Vor einem Jahr sagten mir während eines Treffens von Edward Schewardnadse mit James Baker die



Die Parade der trojanischen Pferde («Neue Zeit», Moskau, Nr. 19/1991)



«Ogonjok», Moskau

als unserer in den Hintergrund. Ausserdem können die Republiken als selbständige Staaten kaum mehr in die Weltwirtschaft einbringen als ihre Schwierigkeiten. Das auf Angst beruhende Interesse an der Perestrojka ist sehr stabil. Aber es ist begrenzt: den kränkenden Organismus der sowjetischen Wirtschaft zu nähren, damit der Kranke bloss nicht auf dem Höhepunkt der Feierlichkeiten anlässlich der neuen Weltordnung stirbt. Und der Kranke selbst? Ungeachtet der heftigen aussenpolitischen Aktivität der sowjetischen Führung, trat eine Pause in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, den Gesprächen zur Rüstungsbegrenzung, in den Beziehungen zu den Europäern, zu Indien und anderen Ländern ein. Um die Partner zu interessieren, muss man irgend etwas schaffen: Sowohl im ideellen als auch im materiellen Bereich. Wie sich mein Bekannter, ein westlicher Diplomat, ausdrückte, der unsere Situation mit der Lage Westeuropas nach dem zweiten Weltkrieg verglich, als die Amerikaner den Marshall-Plan verwirklichten: Was für einen Sinn hat es, Wasser zu geben, wenn man weiss, dass der Wasserhahn kaputt ist und man ihn nicht repariert?

den Aussenminister begleitenden amerikanischen Experten: Am meisten stört sie, das völlig unklar ist, mit wem man bei uns konkret Geschäfte machen kann. Das wissen die bekannten Ökonomen wahrscheinlich bis heute nicht. Sie sehen zu, wie wieder einmal ein Milliardenkredit sich ohne Rückstand im trüben Wasser der sowjetischen Wirtschaft auflöst.

Natürlich hat der Westen immer noch Interesse für die Perestrojka. Man muss sich aber klar sein, dass dieses Interesse bei aller aufrichtigen Anteilnahme für die sowjetischen Reformen auf Angst begründet ist. Auf der Angst vor der Gefahr eines Zerfalls des Nuklearimperiums. Das setzen unsere westlichen und östlichen Nachbarn mit einem Chaos gleich, was bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit einer Diktatur und die Umwandlung eines Sechstels des Festlands zu einer Quelle von Spannungen und einer nuklearen Bedrohung zunimmt. Ein anderes Szenario ist das Entstehen vieler unkontrollierter Nukleargebilde auf dem Territorium der UdSSR.

Deshalb hält sich der Westen bis heute an Gorbatschow. Dort ist der sowjetische Präsident nicht nur der Initiator der Reformen. Er ist vor allem die Verkörperung einer, wenn auch noch so schwachen, Zentralmacht in dem von Widersprüchen zerrissenen Riesenland. Selbst wenn der Besuch Jelzins in Frankreich und im Europäischen Parlament von diplomatischer Sicht gut vorbereitet wäre, so war der russische Leader – in den Augen des Westens Initiator der Untergrabung ebendieser Macht – zu einem kühlen, stellenweise undiplomatischen Empfang verurteilt.

Die nach Freiheit strebenden Republiken können nicht verstehen, warum die westlichen Politiker, die immer für Selbstbestimmung und Menschenrechte eintraten und die so skrupulös in Fragen der Demokratie sind, herausfordernd schweigen, sobald die Rede auf ihren Kampf um den Austritt aus der Union kommt. Wenn die Staatsinteressen und die grosse Politik auf dem Spiel stehen, treten Rechts- und Moralnormen selbst in zivilisierteren und demokratischeren Staaten

Die Zeit der Kredite «für Gorbatschow» ist vorbei. Dort, von wo die sowjetischen Leader zurückkamen, beobachtet man heute aufmerksam die verschiedensten Akteure auf der sowjetischen politischen Bühne. Eine Epoche der Kredite «für Genossen (Herrn) X» wird kaum eintreten. Konkrete Unterstützung kann man nur bei funktionierenden oder wenigstens real in Angriff genommenen Marktmechanismen erwarten. Damit haben es aber, ungeachtet der Beteuerung des Gegenteils, die regierenden parteinahen Strukturen nicht eilig, sich festzulegen. ■



«Neue Zeit», Moskau, Nr. 11/1991